

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.



Bezugspreis: monatlich 225 & einschließlich
Eingangslohn. Wegen Postbezug näheres
bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.
Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Anzeigenpreis: für die 8-spaltige
Zeile 200 &. für die 4-spaltige
Zeile 100 &. für die 2-spaltige
Zeile 50 &.

Rotations-Druck und Verlaag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich. — Redakteur: Paul Jorisch in Biebrich a. Rh. — Filialredaktion in Hochheim: Jean Lauer.

Nr. 109

Dienstag, den 14. September 1920.

Postamt
Frankfurt (Main) Nr. 10114.

14. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Nr. 317.

Anordnung über das Schlachten von Schlammern.
Auf Grund des § 4 der Bekanntmachung des
Stellvertreters des Reichsanzeigers über ein Schlach-
tverbot für trüchtige Kühe und Sauen vom 28. August
1915 (Misch-Gesetzbl. S. 515) bestimme ich hiermit
unter Abänderung meiner Anordnung vom 28. Jan-
uar 1920 folgendes:

§ 1.
Das durch die Anordnung vom 28. Januar
1920 ausgesprochene Verbot der Schlachtung oder in
diesem Jahre geborenen Schlammern wird für
Böckelkammern und Hammelkammern mit dem 1. Ok-
tober d. Js. aufgehoben.

§ 2.
Zusammenfassungen gegen diese Anordnung
werden gemäß § 5 der eingangs erwähnten Be-
kannmachung mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder
mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.
Berlin, den 31. Juli 1920.
Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und
Forsten.
J. B. v. Hammer.

Nr. 318.

Verf.: Bienenzucker.

Durch die diesjährige geringe Zuteilung von
Zucker zur Bienenzuckerung, die gleichwohl nur auf
Kosten der Mundration ermöglicht werden konnte,
sind die Imker in Schwierigkeiten geraten, die von
der Reichsregierung ebenso wenig verkannt werden,
wie die volks- und landwirtschaftliche Bedeutung der
Bienenzucht. Um diesen Schwierigkeiten wenigstens
ein wenig Rechnung zu tragen, hat sich die Reichs-
regierung entschlossen, noch einen Posten Auslands-
zucker zur Verfügung zu stellen, wodurch es ermög-
licht ist, auf jedes Bienenstock noch 2 1/2 Pfund dieses
Zuckers zu verteilen. Der Preis stellt sich auf
1 Mark je Pfund ab Lager der Reichszucker-
gesellschaft, der die Lieferung obliegt, aus-
schließlich des Sachpandes von 16 Mark. Die Ver-
teilung geschieht wie bisher nach Maßgabe meiner
Bekanntmachung vom 12. April d. Js. — VII 1311 —
und 19. April d. Js. — VII 1498.

Gerichtliches bringe ich hierdurch zur Kenntnis
der Imker. Anträge auf Zuteilung von Bienen-
zucker sind an das zuständige Vereinsorgan zu
richten.
Wiesbaden, den 9. September 1920.
J. R. 2496/1. Der Landrat.

Nr. 319.

Bekanntmachung.

Auf den von einer Anzahl beteiligter Gewerbe-
treibender gestellten Antrag zur Errichtung einer
Zwangsinnung für alle im Regierungsbezirk Wies-
baden mit Ausnahme von Frankfurt a. M. und
Wiesbaden und im Kreis Weimar das Steintisch-
handwerk und Kunstschmiedehandwerk selbstän-
digen Handwerker habe ich befohlen. Durch
die betrübende Abnahme der Aufträge ist die
Führung des gewerblichen Wirtschaftungsverfahrens
gemäß § 100a R. G. D. gemäß § 100 der Ausfüh-
rungsanweisung vom 1. Mai 1904 den Herren Land-
ratsanweisung vom 1. zu meinem Kommissar er-
nannt.
Wiesbaden, den 4. August 1920.
Der Regierungspräsident.

Nr. 320.

Bekanntmachung.

Hierdurch mache ich bekannt, daß Erklärungen
für oder gegen die Errichtung einer Zwangsinnung
für das Steintisch-, Tisch- und Kunstschmied-
handwerk im Regierungsbezirk Wiesbaden und im
Kreis Weimar mit Ausnahme der Städte
Frankfurt a. M. und Wiesbaden schriftlich oder
mündlich bis zum 25. d. Mts. bei mir abgegeben
sind.

Die Abgabe der mündlichen Erklärung kann
während des angegebenen Zeitraumes werktäglich
von 8—12 Uhr auf Zimmer Nr. 15 des hiesigen
Landratsamtes erfolgen.

Schreibere hierdurch alle Handwerker, welche
im Regierungsbezirk Wiesbaden, ausgenommen die
Städte Frankfurt a. M. und Wiesbaden, und im
Kreis Weimar obengenannte Handwerke selbstän-
digen Handwerker zur Abgabe ihrer Erklärung auf.
Erklärungen, welche nicht klar erkennen lassen, ob der
Erklärende für Errichtung der Zwangsinnung oder
nicht, sind unzulässig; nach Ablauf des obengenannten
Zeitpunktes eingehende Erklärungen bleiben unde-
klar.

Die Abgabe der Erklärung ist auch für die
jenigen Handwerker erforderlich, welche den Antrag
auf Errichtung der Zwangsinnung gestellt haben.
Wiesbaden, den 1. September 1920.
Der Landrat. gez. Schellen.

Die Polizeiverwaltungen zu Biebrich und
Hochheim sowie die Ortspolizeibehörden des Kreises
werden ersucht, vorstehende Bekanntmachung den in
Verkehr kommenden Handwerkern mitzuteilen und
bis zum 20. d. Mts. über die Erledigung zu be-
richten.
Wiesbaden, den 10. September 1920.
J. R. 2. 4477. Der Landrat.

Nr. 321.

Im Landkreis Wiesbaden hatte die Viehzählung
am 1. d. Mts. folgendes Ergebnis: 2654 Pferde, 7360
Pferdesteile, 1124 Schafe, 11 363 Schweine und 7742
Ziegen.
Wiesbaden, den 10. September 1920.
Der Landrat.

Nichtämlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Die preussischen Landtagswahlen erst im Februar?

Wie der Berliner „Votanzzeiger“ aus parla-
mentarischen Kreisen erfährt, soll das Landtags-
wahlgeseß dem Landtage bereits Ende der nächsten
Woche zugehen. Die Mehrheitsparteien haben die
Absicht, erst im Februar 1921 Neuwahlen vor-
zunehmen zu lassen. Die Mehrparteien sollen sich
unter gewissen Voraussetzungen mit einer Verschie-
bung der Wahlen bis Februar 1921 einverstanden
erklären wollen.

Berlin. Wie es heißt, wird Prinz Hein-
rich von Preußen demnächst nach Holland
kommen. Es werde angeblich über den Ankauf
eines Landgutes in der Nähe von Utrecht unter-
handelt.

Stettin, 10. September. Havas. Bei
einem Besuche, das gestern zu Ehren Wilhelms
in der er u. a. sagte: „Das Land der Freiheit
und Unabhängigkeit, auch der Ordnung, hat gewiß
verstanden, daß es ein Wahnsinn ist, die Einrichtung
des Diktator eines Teiles des Volkes zu gestalten
und daß es nicht nur Wahnsinn, sondern eine direkte
Bedrohung ist, wenn man erlaubt, daß ein Unter-
nehmen, das gleichzeitig die Diktatur der Anarchie
bedeutet, unbehindert über ganz Europa die Keime
der Anarchie ausstreut. Es wäre Wahnsinn zu er-
lauben, daß sich in jeder Hauptstadt eine Diktatur
ausbilde, die die Keime der Anarchie ausstreut.“

Freiburg, 11. September. Die Vertreter-
konferenz der süddeutschen christlich-
nationalen Arbeitervereine, die sich in Freiburg
„Freiburger Tagespost“ einen Zutritt, in dem die
christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten auf-
gefordert werden, alle Kräfte zusammenzuschließen
zu entschlossener Tat, um aus dem gegenwärtigen
Jammertage herauszukommen, in dem gewissenlose
Kräfte das deutsche Volk zum
Zweck beständiger Beunruhigung erhalten wollten.
Revolutionäre Pläne wie jetzt in Württemberg
wirkten in Zukunft mit allen Mitteln verhindert
werden. In der Entschließung lehnt der Vertreter-
tag ferner die Bestrebungen zur Gründung einer be-
sonderen christlichen Arbeiterpartei ab.

London, 11. September. Die „Daily Mail“
berichtet, daß die Entlassung Deutschlands
als rasch vor sich gehe. Unter der Auf-
sicht der Alliierten seien bereits mehr als 27 000 Ge-
schäfte unbrauchbar gemacht worden. Jede Woche
würden tausend Geschäfte vernichtet, jedoch 5700 Ge-
schäfte, die laut Friedensvertrag noch unbrauchbar
gemacht werden mußten, in etwa sechs Wochen zer-
stört sein würden.

Ein neuer Streitfall?

Wien, 10. September. Auf dem Kaiser
Wilhelm-Kanal wurden vor einigen Tagen
mehrere mit Munition für Polen beladene Dampfer
schwedischer, griechischer und dänischer Nationalität
vom Schiffsverkehr zurückgehalten. In dieser
Angelegenheit ordnete die Reichsregierung an, wie
zuständigsteinst mitgeteilt wird, daß die Dampfer,
die auf Grund der deutschen Neutralität an der
Weiterfahrt verhindert wurden, durch den Kanal
zurückzuführen seien. Der Kanal sei als eine deutsche
Verkehrsstraße anzusehen, auf der die Neutralität
ebenso wie auf den anderen Verkehrsstraßen Deutsch-
lands aufrecht erhalten werden müsse. Dieser
Standpunkt wurde auch gegenüber der französischen
Botschaft vertreten, die unter Hinweis auf den Fried-
densvertrag freie Durchfahrt des dänischen aus
Frankreich kommenden Dampfers verlangte.

Paris. Die Völkervereinigung, die, wie
Havas meldet, unter dem Vorhinein von Jules Cambon
zusammengerufen ist, hat beschlossen, an Deutschland
eine Note zu richten, in der gegen die Abhaltung
von Schiffen im Kanal, die nach Danzig
fahren, protestiert wird.

Berlin. Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffent-
licht in ihrer Sonntagsnummer einen ausführlichen
Angriffsplan der Vorkämpfer.
dessen Ziel Kottbus sein soll. Er enthält genaue
Angaben über Einteilung, Stärke und Befehls-
teilung der Kampforganisation und die Nachricht,
daß Mitte September mit Lebensmittellieferungen
eingesetzt würde. Nach Erfahrungen, die in letzter
Zeit mit derartigen Nachrichten gemacht worden ist,
deren Nachprüfung als das Ergebnis völliger Halt-
losigkeit oder übertriebener Aufmachung hatten, wird
auf die Gefahr hingewiesen, die die Verbreitung der-
artiger unkontrollierter Nachrichten hat. Von den

zuständigen Behörden wurde eine Untersuchung
dieser Angelegenheit eingeleitet.

Die Zwangswirtschaft für Fleisch vom Reichsrat aufgehoben.

Der Reichsrat hielt Freitag eine öffentliche
Sitzung ab. Der Antrag Bayerns, vom 15. Sep-
tember an den Ausmaßungsgrad für das Brots-
getreide auf 85 v. H. herabzusetzen, wurde angenom-
men, doch als Termin für die Durchführung der
20. September festgelegt.

Zu einer lebhaften Aussprache führte der Ent-
wurf einer Verordnung zur Aufhebung der Kriegs-
wirtschaftlichen Vorschriften auf dem Gebiete
der öffentlichen Fleischversorgung in der
Verbindung mit einer Verordnung über Maß-
nahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der
Übergangszeit nach Aufhebung der Zwangswirt-
schaft. Da nach Mitteilung der Reichsregierung für
hinreichende Mengen an Fleisch gesorgt ist, und
durch eine reichliche Waiseinfuhr einer allzu großen
Verfälschung des Brotgetreides Schranken gesetzt
sind, schlugen die Ausschüsse vor, die Zwangs-
wirtschaft für Fleisch am 1. Oktober
aufzuheben, bis zu welchem Termin die Brot-
getreideversorgung sichergestellt sein soll. Durch die
Übergangsverordnung soll der Viehhandel und der
Kleinhandel mit frischem Fleisch der Erlaubnispflicht
unterstellt werden, für den Handel mit Fleisch werden
Schuldscheine eingeführt und für den Kleinhandel
Ausnahme der Preise. Ein sächsischer Vertreter
warnte nachdrücklich vor der Annahme der Ver-
ordnung, durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft
würde die Fleischversorgung Sachsens in die größte
Gefahr gebracht. Der Reichswirtschafts-
minister teilte mit, daß im Kabinett die Gründe
der sächsischen Regierung durchaus Beachtung ge-
funden hätten. Er selbst habe sich dort gegen die
völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft ausge-
sprochen, das Kabinett habe sich jedoch für die Auf-
hebung der Zwangswirtschaft entschieden, weil es
der Auffassung sei, daß sich die Fleischversorgung
eigentlich selbst überlebt habe, daß es sich
nur noch um die Konstatierung eines bereits einge-
tretenen Todesfalls handle. Schließlich wurde
die Verordnung gegen den Widerspruch Sachsens
angenommen.

Ueber die Aufhebung der Fleischwirtschaft teilte
der deutsche nationale Abgeordnete Schiele mit, daß
ein Uebereinkommen zwischen den drei größten Ver-
bänden der Landwirte und der Fleischer abge-
schlossen sei, wonach der Preis für Rindfleisch auf
10.50 Mark das Pfund, für Schweinefleisch auf 12
bis 15 Mark das Pfund auch nach Aufhebung der
Zwangswirtschaft gewährleistet werden soll.

Ferner wurde ein Antrag des Zentrumsges-
amtes Lange-Hegemann angenommen, der fol-
gendermaßen lautet: Der Ausschuss möge beschließen,
um bei der Freigabe der Fleischwirtschaft
preisregulierend wirken zu können, die Einfuhr von
Schmalz und Cornedbeef völlig freizugeben, ebenso
die Einfuhr von Salzheringen und von Rohstoffen
für die Margarinefabrikation, sowie die aller Roh-
rungsmittel.

Ferner wurde eine Entschließung angenommen,
wonach die Regierung ersucht wird, vom 15. Sep-
tember an die tägliche Ration auf 200 Gramm
zu erhöhen. Außerdem wurde beschlossen, die Re-
gierung zu ersuchen, das Auslandsgetreide so zu ver-
billigen, daß die bisherigen Höchstpreise beibehalten
werden können. Der Ausschuss beschloß ferner, den
amerikanischen Spendern für das Angebot der
amerikanischen Mächtige dankbare Anerkennung
auszusprechen.

Die neue Kieler Woche.

Kiel, 12. September. Die „Kieler Herbst-
woche für Kunst und Wissenschaft“, die nun alljähr-
lich eine künstlerische und wissenschaftliche Heerschau
darstellen soll, begann heute. Zahlreiche Teilnehmer
aus dem ganzen Deutschen Reich und dem Auslande
sind hier eingetroffen. Das vielfältige Programm
umfaßt unter Mitwirkung hervorragender Künstler
und namhafter Gelehrter Festspiele in den hiesigen
Theatern, Konzerte, wissenschaftliche Vorträge und
Ausstellungen, insbesondere heimatischer Kunst-
schöpfungen.

Auf dem gestrigen Begrüßungsabend im Hotel
Belvedere war auch Kultusminister Haenisch zu-
gegen, der in einer Ansprache ausführte, daß es
ihm eine ganz besondere Freude sei, im Namen der
preussischen Staatsregierung der großen Kieler Ver-
anstaltung von ganzem Herzen Erfolg wünschen zu
dürfen. Die Tatsache, daß gerade in Kiel, von wo
vor zwei Jahren die große Bewegung zur inner-
politischen Umgestaltung Deutschlands ausgegangen
sei, sich jetzt alle sozialen Gruppen und alle politischen
Parteien in gemeinsamer Arbeit zu dem großen
Werke der Kieler Woche für Kunst und Wissenschaft
zusammenschließen, begrüße er als ein Sym-
bol für die Gesundung unserer deutschen Zustände
überhaupt. Auch im großen nationalen Leben gebe

es über alle Gegensätze der wirtschaftlichen Inter-
essen, politischen Parteien und Weltanschauungen
viele Aufgaben, zu deren Lösung sich alle Kräfte der
Nation zusammenschließen müßten. Andererseits sei
schon die bloße Tatsache, daß kaum zwei Jahre nach
dem furchtlichsten militärischen, politischen und
wirtschaftlichen Zusammenbruch, den je ein Volk er-
duldet habe, eine derartige Veranstaltung überhaupt
möglich sei, ein unwiderleglicher Beweis für die
Lebenskraft und den Lebenswillen, die trotz alledem
im deutschen Volk lebendig seien. Ein Volk von 60
Millionen lasse sich von keiner Macht der Erde auf
die Dauer unterwerfen. Der gleiche könne Wage-
mut, die gleiche Tatkraft und der gleiche unverwund-
liche Glaube in das Gelingen, der dem schönen Plan
der Kieler Herbstwoche Leben und Gestalt gegeben
habe, müsse und werde auch das ganze deutsche Volk
beseelen. So, aber auch nur so, sei Deutschlands
Wiederaufstieg möglich. Schließlich sei auch der In-
halt der Kieler Veranstaltungen von symbolischer
Bedeutung für die Wege, auf denen allein Deutsch-
land aus dem Zusammenbruch wieder empor ge-
langen könne.

Das alte Kiel mit seinem stolzen Kriegshafen
und seiner glänzenden Flotte sei das Wahrzeichen
des alten Deutschland, des Deutschlands der imperia-
listischen, politischen und militärischen Machtent-
faltung gewesen. Dieses Deutschland, das wir nicht
verleugern wollten, das zweifelslos Gewaltiges ge-
leistet und Großes in der Welt bedeutet habe, sei
nicht mehr. Mit dieser Worten, aber unabänderlichen
Tatsache müßten wir uns abfinden, so schwer es uns
auch werden möge. Er, der Minister, habe volles
Verständnis dafür, daß gerade das Herz der Kieler
sich nur schwer und unter Schmerzen von der Er-
innerung an dieses alte Deutschland losreißen könne,
aber es müsse geschehen. Es gelte, die Wunde nicht
dauernd auf der nun einmal toten Vergangenheit
ruhen zu lassen, sondern sie entschlossen vorwärts
zu richten auf die Zukunft unseres Landes und
unseres Volkes. Diese Zukunft aber könne nur von
innen heraus erschaffen werden, aus den besten
Kräften der deutschen Seele und des deutschen
Geistes. Die Kieler Woche bedeute in diesem Sinne
ein kultur- und nationalpolitisches Programm für
unser ganzes Volk, ein Wahrzeichen, mit dem wir
Stolz erheben können auf das, was die ganze Welt
hinter sich lassen kann. So sehr wir dem alten verber-
lichen Wahne entsagen müßten, daß am deutschen
Wesen die ganze Welt genesen solle, so ungebeugt
dürften wir doch vor aller Welt bekennen, daß sie
jämmerlich verarmen würde, sollte ihr jemals der
mündervolle Einfluß deutschen Wesens, deutscher
Kultur, deutscher Wissenschaft und Kunst fehlen. Kiel
sei durch seine geographische Lage, durch die muster-
gültigen Einrichtungen, die es in seinen Mauern be-
herberge, ganz besonders berufen, in diesem Sinne
die durch das furchtbare Verhängnis des Krieges so
jäh unterbrochenen Beziehungen zum Auslande, ins-
besondere zu den verwandten nördlichen Völkern,
wieder aufzunehmen. Möge, so schloß der Minister,
nach dieser Richtung hin die Kieler Herbstwoche den
traurigen Anstoß geben.

Das Scheitern der Genfer Konferenz.

Rotterdam. Der „N. A. C.“ meldet aus
Brüssel, daß die Konferenz in Genf, die Ende Sep-
tember zur Verhandlung über die Entschädigungs-
frage zusammengetreten sollte, wahrscheinlich nicht
stattfinden wird. Jedemfalls wird Frankreich nicht
daran teilnehmen. Möglicherweise ist es, daß auch die
Brüsseler Finanzkonferenz ausgeschrieben werden
muß. Frankreich ist nämlich der Ansicht, die Zeit
sei noch nicht gekommen, in der die Alliierten mit
Deutschland verhandeln könnten.

Paris. Nach einem Havasbericht ist über die
Beteiligung Frankreichs an der Genfer Konferenz
nichts Bestimmtes festgelegt. Frankreich hat
gegen den Zeitpunkt der Konferenz formelle Ein-
wände erhoben, da diese mit der Brüsseler Finanz-
konferenz zusammenfällt.

London. Neuer erzählt aus gut unterrichte-
ten Kreisen, daß die Verchiebung der Genfer
Schadensersatzkonferenz bis nächsten Monat als fast
unvermeidlich angesehen wird, da sie mit der
Brüsseler Konferenz zusammenfällt, woran mehrere
der Delegierten ebenfalls teilnehmen.

Deutschlands und Frankreichs Schulden. Deutschfranzösisches Völkervereinigung.

Paris, 11. September. Die Zeitungen ver-
öffentlichen Auszüge aus der Denkschrift des Völker-
bundesrates, die außerordentlich interessante Angaben
über die wirtschaftliche Lage der alliierten Länder
und Deutschlands enthalten. Daraus geht u. a. her-
vor, daß das deutsche Volk weniger verschuldet ist,
als es die siegreichen Völker und insbesondere Frank-
reich sind. Die öffentlichen Ausgaben betragen
gegenwärtig 1287 Fr. pro Kopf der Einwohnerzahl
in Frankreich, während sie für Deutschland 829
Mark betragen. Das Nationaleinkommen auf den
Kopf beträgt 3200 Fr. für Frankreich gegenüber
3900 Mark für Deutschland. Wenn zur Tilgung der

Schaden die künftigen gegenwärtigen Staatseinkünften herangezogen würden, brauchte Frankreich 6 Jahre und 6 Monate Zeit, während Deutschland nur 1 Jahr und 4 Monate nötig hätte. Die Zeitungen folgern daraus, daß, wenn die Lage nicht durch die Ausübung des Friedensvertrages und durch die Regien der Villaret gehindert wird, das kriegende Frankreich mit einer viel größeren Last aus dem Kriege kommt, als das besiegte Volk. Sie beenden die Hoffnung also, daß aus den Unterhandlungen des Biederbundes die sich anknüpfenden Schlußfolgerungen gezogen werden.

Frankreich.

Paris. Ministerpräsident Millerand sagte bei einem Gehehen in Versailles u. a.: „Bereiten Sie niemals, daß wenn wir in diesem Augenblick mit unseren Verbündeten das letzte Rheinrheiner halten, dies für uns die bindende Verpflichtung ist, uns zurück zu halten. Denn wenn wir es aufgeben, haben wir nichts mehr, haben wir kein Wort mehr für den Sieg und für den Vertrag. Schließen wir nicht ein mit unserem Siegel!“

Kleine Mitteilungen.

Die Söhne von Breslau. Der französische Botschafter in Berlin hat, wie bereits mitgeteilt, einen Schenk über 100 000 Fr. als Entschädigung für die Breslauer Amalienfälle erhalten.

Ang Stahl, Kreis u. Umgebung.

Schweizer Lokal-Nachrichten.

* Ein wundervoller Herbsttag man uns gütlich beschert. Am morgen war es noch etwas neblig, aber die Sonne vertreibt den Nebel bald und sie leuchtet dann umso wärmer denn in den wolkenlosen Himmel hernieder. Kein Wunder, daß es die Menschen hinauszieht ins Freie, in die Natur, die sich in der Lebensgegnist noch Sommer umherdrehen ihre ganz deliziosen Reize aufzufrischen. Es konnte man brauchen in unsern kühlen Scharen von Wanderern leben. Ein Bild von dem Umfang des Ausfluges-Bereiches bieten die Umgebungen nach und nach der näheren und weiteren Umgebung. Die von der Eisenbahnvermittlung zur Bewältigung dieser unermesslichen großen Vorleses netzreichen Verkehrs waren pünktlich ungenügend und es konnte nur durch eine jedes erträgliche Maß überhöhte Mehrleistung der Abteile ermöglicht werden.

die Reichsverfassung. Der preussische Minister für Volkskultur, Kunst und Volksbildung hat mit die künftige Regierung mittelst, unter dem 4. September folgenden Erlass herausgegeben: Die Umgestaltung des Schulwesens kann erst in die Wege geleitet werden, wenn die geschilderten Grundlagen beschaffen sind. Erst dann wird es auch möglich sein, über die Neugestaltung der Lehrpläne Bestimmungen zu treffen. Das Bedürfnis aber, unsere Schulkinder mit den Grundlagen des neuen Staates vertraut zu machen, ist so dringend, daß mit der Neugestaltung dieser Aufgabe nicht länger gezögert werden darf. Es wird daher hiermit folgenden angeordnet: In sämtlichen Lehranstalten für die männliche und die weibliche Jugend wird sofort mit der Einführung der Schulpflicht in die Reichsverfassung begonnen. Den Lehrkörper wird anzuvertraut, sich über die Ausgestaltung der Unterrichtsstunden zu werden. In Betracht kommen die mittleren und oberen Klassen der höheren Schulen, sämtlichen Klassen der Realschulen und Lehrerbildungsanstalten, die Oberstufe der Mittelschulen und die beiden obersten Klassen oder Jahrgänge der Volksschulen. Die Einführung erfolgt im Rahmen des Geschichts, gehtendfalls auch des Deutschunterrichts, wenn dieser eine größere Stundenzahl zu Gebote steht. Der Lehrstoff des Faches, dem die Aufgabe überwiegen wird, ist nach Bedürfnis von Entschieden zu entfallen.

Zuschlagsgebühr für postlagernde Sendungen. In der Beord-
nung ist es noch wenig bekannt, daß seit der
letzten Neuordnung der Postgebühren eine Zu-
schlagsgebühr von 10 Pfg. für postlagernde
Sendungen eingeführt ist. Die Gebühr ist bei
allen Sendungen zu entrichten, die den Vermer-
kungen „postlagernd“ tragen, also auch bei Einschreib-
sendungen, Postanweisungen, Posten usw.
und zwar zusammen mit der Freigebühr, wo-
rüber im allgemeinen Interesse besonders auf-
merksam gemacht wird.

da Die Interalliierte Rheinlandskommission hat eine Verordnung erlassen, die von den deutschen Behörden zu eingehenden Auskünfte über die Ernährungslage in den besetzten Gebieten erlassen, die am 10. September 1920 in Kraft tritt. Darin wird anerkannt, daß die zuständigen deutschen Behörden für die Verwirklichung des Ernährungsziels in den besetzten Gebieten voll verantwortlich bleiben. Die Behörden sollen über der Kommission um ihren Vertretern ausführliche Auskünfte über diese Vermutung und über die Verfolgung der besetzten Gebiete mit Lebensmitteln liefern. Die Auskünfte haben sich insbesondere auf die bezüglich der Produktion, der Verpackung und der Verteilung von Lebens- und Futtermitteln getroffenen Maßnahmen zu erstrecken; fern sind Angaben über die Ernteschätzungen und Ernteergebnisse zu machen und schließlich wünscht die Kommission über die deutschen Lebensmittel-Lage und Einfuhr, die allgemeine Ernährungslage und ihren Einfluß auf die öffentliche Gesundheitswesen und die öffentliche Ordnung auf dem Laufenden gehalten zu werden.

Höhere Renten für die Kriegsbeschädigten. Die nach dem neuen Reichsversorgungsgesetz zu zahlenden höheren oder höherrufte für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen bedürfen einer Reuefsetzung der Renten, die bis zur endgültigen Regelung geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. In der Zwischenzeit muß durch Vorzahlungen an die Renten gehalten werden. Die den amtlichen Fürorgestellten zur Verfügung stehenden Mittel der sozialen Fürsorge sind für diese Zahlungen an sich nicht bestimmt und sind auch bei Weitem hierzu nicht ausreichend. Die

Hauptfürsorgestelle Wiesbaden hat wiederholt bei dem Reichsarbeitsministerium auf das Unhaltbare dieses Zustandes hingewiesen und hat dringend gebeten, daß größere Pauschalbeträge für diese Vorschußzahlungen überwiesen werden und daß ferner die Mittel der sozialen Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen erheblich erhöht werden müßten. Die eindringlichen Vorstellungen (welchen gestützt zu haben. Nach einem bei der Hauptfürsorgestelle eingegangenen telegraphischen Bescheide des Reichsarbeitsministeriums werden die Pensionserhebungsbehörden durch einen sofort erscheinenden Erlass angewiesen, den Hauptfürsorgestellen die bisher gezahlten Vorschüsse auf die höheren Renten zu erlassen. Außerdem ist eine Erhöhung der Reichsmittel für die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge in Aussicht gestellt worden. — Diese Nachricht wird von den beteiligten Kreisen mit Genugtuung begrüßt werden.

1913 (12. September). Die Reichsleitung der Kart hat sich am gestrigen Samstag weiter fortgesetzt. Im Jütisch-Rogge war um eine Ueberschneidung von 11,40 auf 11,42, dagegen ging es in Amsterdam wieder ein wenig zurück, von 5,97 1/2 auf 5,92 1/2 und in Stockholm von 9,50 auf 9,25. (Paris notiert Samstag nicht). In Berlin wurden der unsicheren inner- und ausenpolitischen Lage entsprechend die Veraussetzungen der Auslandsbörsen in beträchtlichem Maße fortgesetzt: Amsterdam von 1071 auf 1092, Stockholm von 1686 auf 11,10, Schweiz von 873 auf 880, Stallen von 230 auf 223, Frankreich von 338 auf 362, England von 187,75 auf 190 und New York von 33,17 auf 34,50. Vor Brüssel ermäßigte sich von 391 auf 387,50. Uebrigens zeigten die fremdschiffen wie die belgischen Schiffe ein ähnliches Nachgeben, von dem auch das englische Pfund betroffen ist. Nur der Dollar und die Peseten des neutralen Russlands geben hauernd an, aber auch Allen bemerkt sich seit einigen Tagen mächtig in aufsteigender Richtung.

* Die außerordentliche Anleihe, die durch den Krieg und durch die Revolution hervorgerufenen Veränderung des wirtschaftlichen Verhältnisses den durch Beitrag zu einer Bedienung Verpflichteten berechtigt, einseitig den Beitrag für aufgehoben zu erklären, ist nicht richtig. Dies hat das Reichsgericht in einer neuerdings ergangenen Entscheidung jetzt zum Ausdruck gebracht.

* Während bisher vom Lohn oder Gehalt ein Beitrag bis zu 2000 M. jährlich und unter armenen Voraussetzungen bis zu 30. 2500 jährlich der Pfändung nicht unterworfen war, sind diese Summen jetzt durch Gesetz vom 10. August auf 4000 bzw. 5000 M. erhöht.

* Die hohen israelitischen Fiestage beginnen am 13. September und 14. September mit dem Tischasfest. Unsere jüdischen Mitbürger zählen denn das Jahr 5681 (1920) (Erfassung der Welt). Der Versammlungstag ist am 22. September, das Laubhüttenfest am 27. und 28. September und 4. und 5. Oktober.

* Aus Berlin wird gemeldet: In der Presse wird vielfach die Befürchtung geäußert, daß die bevorstehende Mittel- und Hochwasserperiode abgelaufen und eine unbedeutende Senkung der Rheinspiegels eintreten werde. Dies ist nicht so. Die betrübliche Lage der Rheinschiffe wird vorerst noch lange nicht wendig sein. Es muß dafür gesorgt werden, daß auch in Zukunft eine Senkung der Rheinspiegels nur teilweise geschehen wird, als sie zur Deckung erhöhter Anforderungen des Haushalters für Unkosten und Verwaltung, insbesondere für öffentliche Ausgaben, Einnahmen und Reparaturen, notwendig wird. Demgemäß bereitet das Reichsarbeitsministerium eine Beschlusssache vor, welcher die Einstellung der Rheinspiegels und eine unbedeutende Senkung der Rheinspiegels auch für die Zukunft verhindern soll. Die Einigungsämter sehen auch in Zukunft bestehen und die Entscheidung über die Höhe der Rheinspiegels im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen behalten.

Die Leistung der Kohle.

Mit dem Abwieder nähernden Winter und der Sorge um die Kohlen für Heizung, Licht und Straßenbeleuchtung und nicht zum wenigsten auch für das Vertikalbewegen wie Eisenbahn und Straßenbahnen, möge im folgenden ein kurzer Abriss über die Leistung der Kohle gegeben werden.

Man sich wenigstens annähernd einen Begriff machen zu können, was ein Zentner Kohle leistet, ist zunächst bemerkt, daß zur Erzeugung von einer Kilowattstunde elektrischer Energie durchschnittlich 1,2 Pfg. Kohle erforderlich sind. Ein Zentner (50 Kg.) Kohle liefert demnach gegen 44 Kilowattstunden. Ein Kilowatt sind 1000 Watt, wobei ein Watt bekanntlich gleich ein Ampere, der Stütz des Stromes, mal ein Volt, der Spannung des Stromes, ist. Der Stromverbrauch einer 25-kerzigen Weißglühbirne, der üblichen Zimmer- und Scheinwerferlampe, beträgt ungefähr 25 Watt = 0,025 Kilowatt. (Bei einem derzeitigen Strompreis von 3.— M. pro Kilowattstunde in Bielefeld laßt somit die Brennstunde einer 25-kerzigen Weißglühbirne $200:40 = 7,5$ Pfg.) 40 Lampen dieser Art würden daher in einer Stunde $40 \times 25 = 1000$ Watt oder 1 Kilowatt-Stunde verbrauchen. Ein Zentner Kohle würde somit eine 25-kerzige Lampe rund 1000 Brennstunden, d. h. etwa zwei Monate lang ununterbrochen oder auch ein ganzes Jahr über täglich vier Stunden speisen können.

In ähnlich interessanter Weise kann man auch den Kohlenverbrauch durch die Straßenbahn berechnen. Ein Straßenbahnwagen erfordert für ein Kilometrier Fohrt etwa 600 Kraftkilogramm. Mit Hilfe eines Energiebetrages von 44 Kilowattstunden würde der Wagen eine Strecke von etwa 70 Km. zurücklegen können. Bei 50 Fahrgästen kämen also auf jeden rd. 1,2 Kg. = 140 Zentner Kohle. Bei Aufwendung von einem Zentner Kohle für den Fahrgast könnte der Wagen also eine 40 mal längere Strecke zurücklegen, das wären also rd. 2800 Km. oder mit anderen Worten: Unter Aufwendung von einem Zentner Kohle kann eine Person im Straßenbahnverkehr ein ganzes Jahr lang, 300 Arbeitstage gerechnet, täglich rd. 10 Km. zurücklegen. Für Biedrich berechnet wäre dies ungefähr die Strecke vom Rheinufer bis Hauptpost und wieder zurück oder auch von Rheinufer bis Kessel-Brückentopf und zurück oder schließlich auch die einfache Strecke von Mainz-Hauptbahnhof bis Alsbachden-Hauptbahnhof der Mainz-Wiesbadener Linie.

Wenden wir uns nun noch der Eisenbahn zu, so kommen wir zu folgenden Ergebnissen: Ein Schnellzug verbraucht auf einem Kilometer Fahr- 10 bis 12 Kg. Steinkohlen, ein Güterzug 20 bis 30 Kg. Nehmen wir an, daß ein Zug 500 bis 600 Passagiere befördert, so beträgt der Kohlenverbrauch des Zuges für eine Periode und einen Kilometer 20 Gramm. Mit einem Zentner Kohle kann der Fußgänger also eine Strecke von etwa 2500 Kilometern zurücklegen. Es entspricht dies ungefähr der Entfernung von Königsberg über Babelssee an die holländische Grenze und zurück. Wenn also der mühsame Rückweg, die Reisenden sollen ihre Kohlen selber mitbringen, in die Öffentlichkeit unangehen wäre, so möchte man für eine Fahrt von Weiden nach Köln nur 3 1/2 Kg. Kohlen und auch für eine Reise von Weiden nach München nur etwa 12 Kg. mitbringen.

Wiesbaden. Für die Wagenmittagsverstellung des Stadttheaters am Sonntag, den 19. ds. Mts. hat der Hauptkassier Wiesbaden wider 1050 Mark an Vorzugsgeldern zur Verfügung gestellt. Dieselben können gegen sofortige Zahlung durch die Ortskonzessionskassisten auf dem Kontostamm, zum max. 12. dinstell. werden.

Wiesbaden. Festgenommen wurde die Schirmhelferin Angelika Galm, die bei hiesigen Einwohnern nach Reparaturen fragte, Schirme in Empfang nimmt, sich aber vom nicht mehr leben läßt. — Wie ein Berliner Platz zu werden weiß, sind für die Wiesbadener Herbstfeste, die am 1., 3. und 6. October stattfinden, vom Staat 300 000 M. Unterhütungen zugesagt, so daß man auf ansehnliche Profite rechnen darf.

me Die Stadtverschärfung, welche die Arbeitlosen, welche Arbeitslos zu bleiben. O Hartes Schicksal ausgesetzt hat, war an dem Tag der Ausscheidung der Arbeitlosen zu erhalten, um zu verhindern, dass Elemente, von denen zu erwarten stand, dass sie die Verhandlungen stören würden, in die Verhandlungen gelangen. Dieses Ziel aber war nicht erreicht worden, denn kaum begannen man die Verhandlungen über Forderungen der Arbeitlosen auf bessere Versorgung, da ging auf der Tribüne ein wahrer Vexierkabeljoch los. Die Arbeitlosen hatten, a. verlangt: Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung um 100 Prozent, Bewilligung der Arbeitslosenbeihilfe von 300 Mark, welche nur an in Not befindliche Familien gewährt werden sollte, an alle Arbeitlosen, eine weitere Beihilfszahlungsbeihilfe nach der Dauer der Arbeitslosigkeit bis zu 3-400 Mark bis zu 1000 Mark halbjährlich, Bewilligung von Arbeitsstellen, Schulen usw. durch die Stadt zu billigen Preisen, Eröffnung eines größeren Monatsquantums an Holz um zu ermöglichen, weiterhin zum Teil an der prellenden Unmöglichkeit, sich anders in der Stadt an der Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit anzupassen. Der Sozialrat versuchte daher vor seiner Beiratskammer, für die Beschäftigung von Arbeitsschweren zu sein. Kontinuierlich arbeiten in Angriff nehmen zu lassen, sich bei der Arbeitsverwaltung zusammen mit den heimischen Wirtschaftsverwaltung um die Erhöhung der Unterstützungssätze zu bemühen, auch weitere erhebliche Beiträge für die arbeitenden Arbeitlosen zur Verfügung stellen zu wollen. Auf weitere Barmittelbeschaffung über wollte sich die Stadt nicht einlassen, zumal die heutigen Unterstützungssätze bereits um 3 Mark über den höchsten Höchstbetrag übersteigen und Arbeitslose in ihrer Arbeitslosenversorgung bereits ungenügend versorgt ist als eine der benachteiligten Städte. Bis heute nämlich wurden für diesen Zweck bereits 11 Millionen Mark seitens der Stadt verausgabt. Von den Vertretern der politischen Parteien erklärten alle bis auf diejenigen der Unabhängigen, mit der Stellungnahme des Sozialrats einverstanden zu sein. Als der Vertreter der Arbeitslosenbeihilfedenkmal sprach, ging ein wahres Heulen auf der Galerie los. Schwimmschiffe übertra-

ten ihn nach je und je mehr sich befestigte um das die Galerie, das einer von ihnen war in die Decke ein großer Turm. Der Leiter der Verhandlungen ermahnte beständig die Redner zur Mäßigkeit. Benutzend umfing der Sprecher, der demokratische Partei seine Rede unterbrechen, um sich Gehör zu verschaffen zu können. Als endlich der Magistratspräsident nach allen Stimmen gegen diejenigen der beiden Fraktionen der Unabhängigen günstig urteilte, hob der Sprecher von seinem Ort. Zum Schluss ließ man die Leute schreien, um Schlußwort zu den geben. Welchen Zustand geben wir einigswenigstens nicht bald eine Verringerung wenigstens in der

Ernährungsverhältnissen entriut. Im Uebrigen hat die Sitzung keine wichtigen Punkte. Ein Antrag auf Ankauf einer Braunkohlengrube wurde zur Vorbereitung dem Finanz-Ausschuß überwiesen.

Wiesbaden. Der langjährige Landesdirektor des ehemaligen Reichsausschusses und Abgeordneter, Präsident v. Needer, ist vom Minister des Innern zum Oberbürgermeister und Stellvertreter des Regierungspräsidenten zu Wiesbaden ernannt worden.

Zum Mittwoch im Landeels
Wiesbaden. Vor einigen Tagen ging durch die
Presse die Nachricht: „Nicht weniger als 500 Bauern
des Landkreises Wiesbaden, die im Juni d. Js. aus
an dem Militärleistungsfreist nach Wiesbaden be-
teiligten, erdienen jetzt Strafbefehl über je 500 M.
Der Vorstand des Freies von Wiesbaden hat sich im
Gerein mit dem Magistrat von Wiesbaden mit einem
Handgeleub an den Justizminister gewandt.“ —
Diese Nachricht ist nach eingehenden Untersuchungen
in keiner Weise zutreffend. Bis zum heutigen Tag
ist außer den seiner Zeit vor der Strafkammer am
7. Juni d. Js. zu je 500 Mark verurteilten oder Land-
wirts aus Orbenheim noch kein einziger von den
die 500 zahlenden Teilnehmern an den dano-

hatten die vier Randworte aus den hundertsten von Erstellenden herausgegriffen und Anlage erhoben, um eine grundsätzliche Entscheidung herbeizuführen, auf die die übrigen Nichtstretker dann durch Strafbefehle zu befragen sind. Wegen dieses Strafamercuturteil ist Revision eingelegt, so daß die Entscheidung noch nicht rechtskräftig und bis zur Stunde noch kein einziger Strafbefehl gegen die übrigen abgegeben ist.

hatten im. Am 8. September verlor zu
Hattenheim im Rheingau auf dem seit 400 Jahren
zur Familie gehörenden ehemaligen unmittelbaren
Stammhaus Hausheim der Reichsfürst Carl
Joh. v. Stern zu Schierborn im hohen Alter von
85 Jahren. Er war der Häupte seiner Familie und
hatte ein reiches Leben hinter sich. Er machte als
junger Offizier den italienischen Feldzug 1859 und
den deutsch-französischen Feldzug 1866 mit und
war der dritte Kriegsgeneral im Rheingauer Kreis.
D. Vom Rhein. Der Rhein ist infolge der leb-
ten Magergasse gelitten, wodurch der Schiffver-
kehr eine wesentliche Störung erfahren hat.
Rheinisch die Befrachtung von Holz für den Win-
terbedarf hat zugenommen.

Hochst. Jugend von heute. Dem hohen Reichth. theilte ich Keiner; Als ich dieser Tage nach Reichthumsstolz bringende, jellte ich den Sohn meines Nachbarn, ein fünfjähriger Knabe, der geiz, maneres Reichthum zu mir und es entspannen folgende Unterhaltung: Frig: Gestern abend war ich in der Stadt; ich will dich was fragen. — Hoch: So? Was warst Du denn so lange? — Frig: In der Stadt; ich wollte dich was fragen. — Hoch: Du, hast Du denn was gefast? — Frig: Ei, kein Wunder! Heut gebts wieder hier; ich bin jetzt lieber abends dort. — Hoch: So, ja! Will denn nicht mehrst Du wohl ein Räuber? — Frig: Freilich, wenn denn sonst? — Hoch: Sag einmal Frig, wie alt bist Du denn jetzt? — Frig: Ei Hochstern, meine Bekanntschaft ist gerade so alt. Jetzt passen wir ganz zusammen. Reines Geht war ich die nach ylang. Dort eher ist sie selber zu mir kommen und hat gesagt, ich war zu alt, um zu sein. — Hoch:

der gesagt, ein' neuen wir oft genug. — Der: Ich
sich, wenn Du schon 17 Jahre alt seih, dann ist
allerdings Zeit, daß Du Bekanntschaft machst.
Sag: Ja, das mach ich aber auch! Euer Vater,
als waren irgendwo an der Wohnung abgekom-
men, wie mein Sohn an der Haustüre stand — be-
merkt mir so lang, bis er anlangt. — Der: Ja, he-
ist auch erst 21 Jahre alt und meint ganz richtig,
sei doch noch ein bißchen zu jung, um Bekanntschaft
zu machen. — Damit verließ ich den Preis, der zu-
schüßelnd über die unendliche Weltanschauung mei-
nes Vaters seiner Bedauernung guldicht.

Frankfurt. Ein Frankfurter Wert der chemischen Branche (sahnte an die Firma Stoll) wart in Köln mehrere Kisten, die nach der Deklaration Pilsen enthalten sollten. Die Behörde nahm die Pilsen einmal näher unter die Lupe und da erwiderte man unsicher, daß man neu- Genuß berücheln wußten. Jeder vor sich hatte der natürlich der Geldsammnung verfehl.

10. Als das Urtheil in einer Ehecheidung verkündet werden sollte, theilte der Anwalt mit, daß die Frau gerade eine Stunde zuvor gestorben sei. — In einer anderen Sache war die Ehe geschieden, doch hatten sich die Eheleute wieder versöhnt und war am letzten Tage vor Nocturne des Urtheils. Es mußte daher schleunigst gegen das Urtheil Verhinderung eingelegt werden, um den Leuten zu erlauben, sich von neuem verheiraten zu müssen.

sd. Der Kriminalpolizei ist es nunmehr gelungen, die Schuldigen an den Ausgrenzungen am 1. September zu ermitteln und zu verhaften. Es sind lediglich junge, unruhrige Burschen im Alter von 17—20 Jahren, ehemalige Hülfsorgelange, arbeitslose Baracken. Die waren es, die die Wessenden auf der Kaiserstraße ausgrenzten und völlig ausgeplündert, die in der Fohrgasse einen zweiten Wessenden erschossen und ihn auszuraubern versuchten, die auch in die Hauptstadt eindringen wollten.

th. Im Eisenbahnwertstättenamt Wiesbaden nachts umsonstene Täter einen schweren Einbruch in die Kassenräume. Sie raubte eine Kasse mit einer größeren Summe Geldes, die sie im nahen Walde erbrachen. Der Durchbruch zu dem Kassengebölbe ist der Verbrechen nicht ganz gelungen. — Die Frankfurter Kriminalpolizei veranfaltete wieder eine umfassende Nachforschung durch die Anlagensprekturen. Unter den dabei festgestellten Räubern befanden sich zahlreiche lediglichsch verheiratete Männer und Frauen. — Einem aus München kommenden Zigarettenhändler nahm die Polizei größere Mengen Zigaretten, die sorgfältig mit Steuerzinnen versehen waren, ab. Der Inhalt der Zigaretten bestand aus Zeitungspapier.

Frankfurt. Die Frankfurter Kriminalpolizei verhaftete die Ehefrau Solle Sittich aus Kadenheim im Jahre beiden Töchter. Die eine Tochter heisst die Verurtheilung in einem Frankfurter Gefängnis für Jahre in größter Mitleid mibrauch, indem sie alle tausende Mord Seidenstoffe tragt, die von ihrer Mutter und der anderen Schwester an Privatpersonen abgeteilt wurden. Das Geschäft ist durch die Unrechtheit außerordentlich lauter geworden. — In der Reichthum stürzte sich in die Nacht zum Freitag eine Gährende aufstehende Frau aus Lebensüberdruß aus dem dritten St.

[illegible]

den Stunden von einem regelrechten Schiffsverkehr keine Rede sein konnte. Die Anzahl der Schleppschiffe, die in der Berichtswache zu Berg und zu Tal an unserer Stadt vorbeigekommen sind, hat die in der Woche allerdings nicht erreicht; es waren aber immerhin noch mehr als 700 Schiffe, die die Schiffbrücke durchfuhren. Zu Berg wurden wieder große Mengen Kohlen, Koks, Brekett und Torf befördert, während die Ladungen der Talschiffe aus Eisenstein, geschnittenem und Grubenholz, sowie in Koffeln, bestanden. Die Schleppschiffe haben sich in der Berichtswache nicht wesentlich verändert. Im Verkehr der Güterfahrendampfer ist eine erfreuliche Besserung zu verzeichnen. Diese betrug gegen die Vorwoche nahezu 33% o. d. Die Bergdampfer waren in der Mehrzahl. Die Hochschiffahrt konnte den guten Stand der letzten Woche voll und ganz behaupten. Im Anhang von Schraubenschleppdampfern kamen fünf Frische von ansehnlichem Umfange an der Rheinwerft vorbei. Mit ganz wenigen Ausnahmen gingen fast sämtliche Holzstämme nach Holland.

Köln. Drei Kaufleute versuchten einen größeren Posten unbenutzter Zigaretten an den Rhein zu bringen. Die Ware wurde in einem Auto beschlagnahmt. Die von dem mittrauflich gewordenen Käufer beschlagnahmte Posten kam hinzu und beschlagnahmt die Ware. Bei der Untersuchung ergab sich, daß sie zwar vorschriftsmäßig in Metallbüchsen verpackt war, der Inhalt jedoch aus Zigaretten aus Stroh, faulen Kiefern und Torf bestand. Der Käufer sollte dafür 40.000 Mark bezahlen. Die drei Betrüger wurden festgenommen.

Ebenso gelang es, einen Wirt und einen Kaufmann aus Aachen in Köln festzunehmen, welche gefüllte Bänderchen verkaufen wollten. — Durch Vorgehen der Polizei in einem Handlungsgeschäft und einem Fuhrmann für 82.000 Mark Janella und George in die Hände. Beide Täter kamen in Haft.

Die Zuhälter, Kasperlgerd im Ofen aufzubewahren, hat einen Verhafteten in Höhe von 50.000 Mark gebracht. Bei der Hausreinigung kamen die Dienboten auf den Gedanken, Altpapier im Ofen zu verbrennen, ohne zu ahnen, daß ihr vorfindlicher Dienstherr diese große Summe für einige Tage dem feuerfesten und diebstahlsicheren Ofen anvertraut hatte. Mit dem brennenden Altpapier ging auch das Papiergeld in Flammen auf.

Berlin. Samstag nacht wurde in Charlottenburg der 24jährige aus Reuders bei Baderborn gebürtige frühere Kaufmann Anton Ludwig, Mitglied einer Einbrecherbande verhaftet. Man fand bei ihm Schmuckstücke, die bei in Potsdam ermordeten Krankenpflegerin Steinberg gehörten. Die Ermordete hatte Ludwig, als dieser als Soldat im Potsdamer Krankenhaus lag, gepflegt. Aus Verurteilungen, die Ludwig einem Jüngling gegenüber getan hat, ist zu entnehmen, daß er der Mörder ist.

Das Bad Reichenhall ist ein bayerisches Monte Carlo geworden. Die Münchener Neuesten Nachrichten berichten, daß der Stadtrat von Reichenhall die Spielclubs entgegen den reichsrechtlichen Vorschriften konfiszieren und dies mit der schlechten Finanzlage der Stadt begründet habe. Ein Schieber- und Spielerspublikum aus allen Ländern hat sich in dem Bade eingefunden. Die Banthalter für das Kasinospiele im „Cafe Tholhof“ hat man sich aus Spa vertrieben. Verluste bis zu 90.000 Mark sind an der Tagesordnung. Auch international wird mit sich in die Spielergesellschaft. Es gibt sechs Spielclubs in Reichenhall, von denen einer den Namen „Alpina Sportclub“ führt.

Die Tabakfabrikanten gegen den Schmuggel. Die in Bonn verammelten Mitglieder des Zweig-

verbandes rheinischer Zigarren- und Tabakfabrikanten e. V. gaben ihrer Entrüstung Ausdruck über die unglaublichen Zustände, die an der Westgrenze, insbesondere am Niederrhein, herrschen. Es wird dort mit einer Dreifachheit und in einem Umfange geschmuggelt, die jeder Beschreibung spotten. Auch wird die Feststellung, ob es sich um Schmuggelware handelt, in vielen Fällen dadurch erschwert, daß die Ware nicht nur unbenutzter, sondern zum Teil bereits vom Konsumenten aus mit gefälschten oder verschobenen Steuerzeichen versehen über die Grenze und in den Handel gebracht werden. Dieser haben sich alle gegen den Schmuggel ergriffenen Maßnahmen als völlig unzureichend erwiesen. Die Kontrollstellen werden einfach umgangen und die Zahl der Revisionen ist meist so gering, daß sie gegen die konspirierte aufstrebende Schmugglerbande nichts oder nur wenig ausgerichtet vermögen. Durch diesen Schmuggel ist bereits eine das ganze Tabakgewerbe bedrohende Abwärtsentwicklung eingetreten. Die im Zweigverband zusammengeschlossenen Firmen erklären daher einstimmig, daß sie ihre Betriebe schließen und sämtliche Arbeiter entlassen, wenn nicht alsbald eine wirksame Bekämpfung des Schmuggels durch die Regierung erfolgt.

Billiger Kaffee in Sicht. Nach vorübergehender Verbilligung des Kaffees um die Mitte des vorigen Jahres zogen bei uns die Kaffeepreise im Kleinhandel nach und nach wieder an und betragen augenblicklich bis zu 35 Mark pro Pfund. Der Hauptgrund für diese Teuerung liegt darin, daß die Großhandelsfirmen Bars nur mit Genehmigung der Kaffe-Einfuhr-Gesellschaft in Hamburg einführen dürfen, und solche Genehmigungen sind bisher nur in geringem Umfange erteilt worden. Infolgedessen sind Vorräte in Deutschland nicht vorhanden und die dadurch bedingte Warenknappheit erklärt auch die Höhe des Preises. Augenblicklich werden nur Käufe vom Handel überhaupt nicht mehr abgeschlossen, da man für die allernächste Zeit mit der Aufhebung des Kaffe-Einfuhr-Verkaufs rechnet. Vom Ausland wird jetzt nämlich Kaffee mit 7 Mark pro Pfund angeboten und unter dem Druck eines solchen für die heutigen Verhältnisse sehr billigen Preises kann die Wiedereinführung des freien Kaffeehandels nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Kahnschiff — der neue Takt. Die Tage des Fortschritts und des Takt sind gezählt, wenn wir der Behauptung der amerikanischen Langmeister glauben wollen, die auf ihrer letzten Verammlung in Remont einen neuen Takt, den „Kahnschiff“, unter allgemeinem Jubel aus der Taufe hoben. Der „Kahnschiff“ wird zu einer kräftigen Kolonialen-Macht in würdiger und langamer Form gelangt und soll in moralischer wie in finanzieller Hinsicht völlig einwandfrei sein. Man prophezeit ihm daher den vollständigen Sieg über alle Nebenbuhler in der nächsten Saison.

Buntes Ameri.

Vom Hunsrück. Kürzlich wurde unweit des Obdier Waldes von mehreren Landjägern ein ausgezeichneter Hase gemacht. Es gelang ihnen, einen Schleichhändler zu erwischen und außerdem die „Kleinigkeit“ von 250 Pfund — man lese und staune — Butter. Desgleichen wurde von denselben Jägern der öffentliche Ordnung eine Frau aus Koblenz abgeknippt, die „nur“ 25 Pfund Butter bei sich hatte.

Udarnach. Ein Millionenprojekt ist hier zum Abbruch gekommen. Die Stadt kauft die sog. De-

partemental-Trennungslast St. Thomas zu einem Preise von 6 Millionen Mark. In den Besitz der Stadt gingen durch den Kauf nicht nur sämtliche Gebäulichkeiten, sondern auch die umfangreichen Gelände, rund 150 Morgen, sowie das gesamte lebende und tote Inventar und die aufstehende Ernte über.

Id. Buchschlag. Dem Kustfänger Berthold Schmann aus Weierbach wurden hier durch die Genarmierte zwei Waggons Kartoffeln beschlagnahmt, die nach Frankfurt verladen werden sollten.

Id. Mörtel. Ein Brudermord. Die drei Söhne des Gastwirts Heinrich Hardt gerieten in Abwesenheit ihres Vaters in Streit. Nach dem Streite schloß der 24jährige Friedrich Hardt mit einem Karabiner vom Fenster aus auf seine beiden im Hofe beschäftigten jüngeren Brüder und tötete den einen von ihnen, den 22jährigen Karl Hardt, durch einen Schuß ins Herz. Der Brudermörder stellte sich selbst dem Gericht.

Der Aufenthalt von Reisenden in der Schweiz ist seit einiger Zeit erleichtert. Die Grenzschleusen, Einreise- und Niederlassungsbestimmungen sind die gleichen wie früher geblieben.

Neueste Nachrichten.

Ein engeres Kabinett innerhalb der Reichsregierung.

Berlin, 12. September. Laut „Köf. Ztg.“ besteht an möglicher Stelle die Absicht, innerhalb der Reichsregierung ein engeres, aus drei bis vier Ministern bestehendes Kabinett zu bilden, das unter dem Vorsitz des Reichskanzlers die laufenden Angelegenheiten erledigen soll. Das geplante engeres Kabinett, dessen Mitglieder der Reichskanzler auswählen soll, würde unter allen Umständen den Ministern des Reichs und den des Innern umfassen. Außerdem soll jede Partei, die in der Regierung vertreten ist, ebenfalls ein Mitglied in dieses Kabinett senden. Das Gesamtkabinett soll nach wie vor Hauptentscheidungen und Ziel der inneren und äußeren Politik festlegen. Innerhalb dieser Grenzen soll dann der engerer Rat die Entscheidung über Tagesfragen treffen.

Eine Totengedenkfeier.

München, 12. September. Der heutige Tag war für München ein Tag der Trauer und des wehmütigen Gedankens an seine 13000 im Weltkrieg gefallenen Söhne. Es wurde eine Trauerfeier veranstaltet, an der sich rund 30.000 Personen beteiligten. Die Teilnehmer sammelten sich um 9 Uhr vormittags im Hofgarten und marschierten von da zur Kirche. An dem Zuge nahmen viele höhere Offiziere, darunter die Generale Ludendorff und Koller sowie Oberst Epp, teil, ebenso Vertreter des Kriegsministeriums, der Bürgermeister von München und zahlreiche Prinzen. Nach dem Gottesdienst zogen die Teilnehmer zum Friedensdenkmal, wo Kränze niedergelegt wurden.

Die Zusammenkunft Mitterands mit Molli.

Paris, 12. September. Wie Haas meldet, ist Mitterand heute früh um 9 Uhr in Liz-Les-Bains eingetroffen. Um 11 Uhr fand die erste Zusammenkunft mit Molli statt. Die Unterhaltung der beiden Ministerpräsidenten, die unter vier

Mugen Mitterand, sowie eine Stunde. Als Mitterand nach der Besprechung von Journalisten befragt wurde, bekräftigte er sich darauf, zu erklären, daß die Unterhaltung durchaus herzlich gewesen sei. Um 3 Uhr nachmittags fand eine neue Zusammenkunft statt.

Wien, 13. September. Die Christlich-sozialistische Partei veröffentlicht einen Aufruf, in dem es, hinsichtlich des Verhältnisses zu Deutschland heißt: Der Weg aus der politischen Blockade des deutschen Volkes zur Beseitigung erfolgt durch die deutsche Einheit. In diesem Sinne harren wir der Stunde, die uns die Freiheit der Selbstbestimmung bringt und den Zusammenbruch mit unseren Brüdern im Reich ermöglicht. Bis dahin gilt es, alle Kraft aufzubringen, um das ökonomische Deutschland kulturell, wirtschaftlich und politisch zu seiner hohen nationalen Aufgabe im Rahmen des großen nationaldeutschen Gedankens zu führen.

Bereins- und Familien-Druckmaschinen
Lieferung schnellstens in laubender Ausführung
Buchdruckerei Guido Zeidler
Bielefeld
Rathausstraße 10 — Fernruf 41

Paul Rehm
Zahn-Praxis
Wiesbaden, Friedrichstr. 50, 1.
Zahnärztliche Behandlung, Zahnziehen, Korkfüllen, Plombieren, Zahnreinigung, künstl. Zahnersetzung in div. Ausführungen u. a. m.
Sprechst. 9-6 Uhr. Telefon 3113.
Besuch des Wiesbadener Beamten-Vereins.

Grabdenkmäler
in modernsten Ausführungen,
sowie Grabumrahmungen aus Kunststein jeder Art zu den billigsten Preisen
empfehlen
E. Bachmayer
Lerchen, Wiesbaden, Rhein- und Kurfürstenstraße 13.

Allmögliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim a. M.

Das Zentral-Nachweisamt für Kriegsverluste und Kriegsvergräber veröffentlicht in den Zeitungen folgende Notiz:

Kriegsvergräber-Nachforschung.
Das Zentral-Nachweisamt für Kriegsverluste und Kriegsvergräber, Berlin NW. 7, Dortheenstraße Nr. 48, teilt mit:

In letzter Zeit häufen sich die Nachrichten, daß kriegsgefallene Kriegsgefangene wertvolles Material zur Nachforschung nach Vermissten, wie: Erkennungsmarken, Soldbücher, Uhren, überhaupt staatliches und privates Eigentum, das bei Umkleungen von Toten in der Kampfszene gefunden wurde, behalten haben, um es den Angehörigen direkt zuzustellen. Hierdurch werden den amtlichen Stellen die unentbehrlichen Unterlagen für die Nachforschungsarbeiten entzogen. Da von Seiten der durch Heimschreier benachteiligten Angehörigen nur in ganz geringen Fällen eine Meldung an das Zentral-Nachweisamt erfolgt, so werden von hier eingeleitete Nachforschungen oft nutzlos und zum Schaden anderer Familien Monate hindurch fortgesetzt. Es kommt hinzu, daß diese den amtlichen Stellen entzogene Material oft wichtige Aufschlüsse über andere Vermisste geben kann, jetzt aber infolge der Zurückhaltung nicht ausgenutzt werden kann.

Das Zentral-Nachweisamt für Kriegsverluste und Kriegsvergräber fordert deshalb alle Heimgekehrten die noch im Besitz von Vermisstenmaterial sind, zur pflichtmäßigen Ablieferung dieser Fundstücke an diese Behörde — Berlin NW. 7, Dortheenstraße 48 — auf. Zugleich werden die Familien, die durch zurückgehaltene Kriegsgefangene über das Schicksal ihrer Angehörigen benachteiligt worden sind, aufgefordert, dies unverzüglich dem Zentral-Nachweisamt zur Verhütung der Vermisstenlisten und etwaiger Einstellung weiterer Nachforschungen anzugeben.

Sie ersuche um dringende Bekanntmachung, gez. Schlitz, zur Verabfolgung gez. R. a. o. An die Polizeiverwaltung in Hochheim a. M.

Wird veröffentlicht.
Hochheim a. M., 9. September 1920.
Der Bürgermeister. J. B. Viktor.

Bekanntmachung.
Am Mittwoch, den 15. September 1920, wird vormittags von 8 bis 11.30 Uhr im Rathaus, Zimmer Nr. 10, von einem Beamten des Finanzamts Wiesbaden unentgeltlich Auskunft über Steuerfragen, Lohnabzug usw., insbesondere Reichssteuer, erteilt. Die Interessenten der Gemeinden Hattenheim und Dellenheim werden zu der Sprechstunde ebenfalls eingeladen.
Hochheim a. M., den 10. September 1920.
Der Magistrat. J. B. Viktor.

Bekanntmachung.
Betre. die Ausgabe von Lebensmitteln in der folgenden Woche.

An der kommenden Woche gelangen teils von der Gemeinde Hochheim folgende Lebensmittel zur Verteilung:

Am Dienstag, den 14. September 1920, in den Frantennährmittelverkaufsstellen Billi Reim, Hein-

rich Buch und Peter Merten 250 Gramm weicht. Rohmittel zum bekannten Preise gegen Vorlage der roten Nährmittellisten.

Am Mittwoch, den 15. September 1920, auf die eingereichten Kinderanmeldungen bei den Händlern Josef Westing und Weiching 875 Gramm Kinderpulver zum Preise von M. 4.50.

Am Donnerstag, den 16. September 1920, bei den Händlern Wadbarth und Jung 100 Gramm Schmalz zum Preise von 3 Mark gegen Abtrennung des Abfallschlittens Nr. 16 der Festkarte.
Hochheim a. M., den 10. September 1920.
Der Magistrat. J. B. Viktor.

Bekanntmachung.
Nachdem die Bachhauswiede wieder gründlich repariert und ausgebaut ist, wird darauf hingewiesen, daß in Zukunft jede Beschädigung und Zerstückelung derselben strengstens unterliegt. Die Einwohner der Bachhauswiede werden ersucht, die Straße sofort zu überucken und jeden Versuch des Zerschlagens zu unterlassen.
Hochheim a. M., den 13. September 1920.
Der Magistrat. J. B. Viktor.

Bekanntmachung.
In nachfolgenden Geschäften ist die Schweine-Rotlaufkrankheit erloschen und Schlachtabweisung erfolgt: 1. Wwe. Simon, Kargartenstraße, 2. W. Blum, Kronprinzenstraße, 3. H. Vietel, Albstroße, 4. Wwe. Siegfried, Hintertasse, 5. H. Kullmann, Eppsteinstraße, 6. H. Holzinger, Kronprinzenstraße, 7. Schallmayer, Kollmerstraße, 8. A. Treiber, Sternstraße.
Die Schlachtpolizei ist deshalb aufgehoben.
Hochheim a. M., den 10. September 1920.
Die Polizeiverwaltung. J. B. Viktor.

Betre. Ausgabe von Fleisch.
Bei den folgenden Metzger wird frisch geschlachtetes Rindfleisch abgegeben. Das Pfund kostet 12 Mark.
Hochheim, 13. September 1920.
Der Magistrat.

Anzeigenteil.

Für die uns aus Anlaß unserer Vermählung erwiesenen Glückwünsche u. Geschenke sagen wir auf diesem Wege hiermit allen unseren herzlichsten Dank.

Franz Siegfried und Frau
Viktoria, geb. Beilstein.
Hochheim a. M., September 1920.

Züchtiges Auenmädchen
welches etwas kochen kann und alle Hausarbeit versteht, zum 1. Oktober gesucht.
Franz Hermann-Gummel.

Elisabetha Petry geb. Klein
im Alter von 54 Jahren zu sich in die Endzeit abzurufen.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Johann Petry u. Kinder n. Angehörigen.
Hochheim, 13. September 1920.
Beerdigung Dienstag, den 14. September mittags 12 Uhr vom Sterbehause Dehnbachstr. 39 aus. — Eines Seelenamt am gleichen Tage morgens 6 1/2 Uhr.

1870 Achtung! 1920
Alle Kameradinnen und Kameraden die im Jahre 1870 hier oder auswärts geboren sind werden hiermit zu der am Donnerstag, den 16. September 1920, abends 8 1/2 Uhr bei Kamerad Jakob Kullmann, „Gasthaus zum Löwen“ stattfindenden Vorgesprächung über eine im engsten Familienkreise abzuhaltende
Jubelfeier
ausdrücklich unseres
50jährigen Wiegenfestes
aufs herzlichste eingeladen. Da dieses die erste Zusammenkunft seit unserer Schlachtlaffung ist, so ersuchen wir alle ohne Ausnahme!
Mit herzlichem Kameradschaftsgruß
Die Jahressklasse 1870.

D. H. V.
Ortsgruppe Hochheim.
Dienstag, 14. September, abends 8 1/2 Uhr
Verfamung
im „Wohlgarten“, Der Vorstand.
Jedes Quantum
Zweitischen
taucht zu Tagespreisen.
Ferd. Raab, Sohn, Metzgerei, Hochheim a. M.

Obst- & Kellerei-Arbeiter
für auswärtige Dienstleistungen nach Frankfurt a. M. gesucht.
Schlitz, Kagehote an der Allee-Heimstätte des Hochheim, Hochheim.
Leiterwagen
in allen Größen mit Preis-Verzeichnis, sowie
selbstgefertigte
Möbel
zu haben.
Franz Klein, Hochheim, Weierstr. 14.

Auh- und Brennholz-Verkauf.
Oberförster Hofheim. Försterei Kollert.
Donnerstag, 16. September, vormittags 10 Uhr in Eppstein in der Gastwirtschaft Blöcker „Zur Roje“. Distrikt 52 Genzing und 46 Eulendamm und Jüsgemün.
Eichen: 4 Wagnerschlämchen, 1,16 Astst. 5 Stangen I. und II. Klasse, 28 Rmtr. Scheit und Knüppel, 450 Wellen.
Buchen: 8 Stangen I. und II. Klasse, 235 Rmtr. Scheit und Knüppel, 6090 Wellen.
Birken: 3 Rmtr. Knüppel.
Nadelholz: 46 Derbstangen, 80 Reifebstangen, 4 Rmtr. Ruy- und 1 Rmtr. Brennknüppel, 30 Wellen.

Zimmer
zu vermieten.
Hochheim, Mainz, Str. 2, r.
Zimmer
mit Küche
von jungem, kinderlosem Ehepaar gesucht.
Angebot unter 2005 an die Allee-Heimstätte, des Hochheimer Stadions, Hochheim.
Radfahrer
versichert ihre Räder gegen Diebstahl!
Auskunft erteilt und Anträge nimmt entgegen
Oslo Fleischer Hochheim.